

Profite pflegen keine Menschen – Pflegenotstand im Krankenhaus beenden!

Eine gute und menschenwürdige Gesundheitsversorgung ist für alle ein Menschenrecht, unabhängig von Einkommen oder Versicherungsstatus. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen von Patient*innen und Beschäftigten und nicht an den Profit-Interessen von Konzernen.

Als Teil der Daseinsvorsorge gehört sie in die öffentliche Hand und dem Gewinnstreben von privaten Konzernen entzogen. Mit der Gesundheitsversorgung von Menschen Gewinn zu machen, gehört verboten!!!

DIE LINKE in Hamburg ist und bleibt Teil des „Hamburger Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“, das im letzten Jahr eine Volksinitiative gestartet hat, um in Hamburg eine gesetzliche Personalbemessung einzuführen. Knapp 30 000 Hamburger*innen haben innerhalb von nur drei Wochen dafür unterschrieben.

Der Hamburger Senat verweigerte jedoch Verhandlungen mit der Volksinitiative, stattdessen reichten sie Klage beim Hamburgischen Landesverfassungsgericht ein, um die Volksinitiative für unzulässig erklären zu lassen. Hier offenbart sich ein mangelndes Demokratieverständnis des Senats: Statt nach Möglichkeiten zu suchen, den Willen der Hamburger*innen umzusetzen, werden Gründe gefunden, Volksbegehren zu verhindern und auszuhebeln.

Die Hamburger LINKE setzt sich weiter auf allen Ebenen für eine gesetzliche, bedarfsgerechte Personalbemessung im Krankenhaus ein.

Wir fordern:

- Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung in den Hamburger Krankenhäusern, die sich an den Bedarfen von Patient*innen und Beschäftigten orientiert
- Bedarfsgerechte Personalschlüssel in der Reinigung
- Für jede Gebärende eine Hebamme
- die Abschaffung des Fallpauschalensystems (DRG-System) und Gewinnverbot für Krankenhäuser. Stattdessen Einführung einer gemeinwohlorientierten Gesundheitsversorgung nach dem Selbstkostendeckungsprinzip, so dass Krankenhäuser nicht weiter dazu dienen Profite zu erwirtschaften.
- Wirksame Kontrollen und Transparenz im Krankenhaus – Menschenwürde, Patientensicherheit und gesunde Arbeitsbedingungen für Beschäftigte sind keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse!
- Gesundheitsversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und deshalb gehören die Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand (Rekommunalisierung)
- Pflegekräfte müssen besser bezahlt werden und die Vollzeit-Arbeit muss sofort auf 30 Stunden reduziert werden.